PB.Z-01-287

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Mannheim
Beschlussdatum:	22.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 286 bis 288 einfügen:
Religions- und Weltanschauungen, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets zum säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip. Staatsrecht geht vor Kirchenrecht! Es müssen Voraussetzungen dazu geschaffen werden, dass Straftaten jeglicher Art, die im kirchlichen Umfeld verübt werden, der Polizei und der Staatsanwaltschaft für weitere Ermittlung gemeldet werden. Die besondere Beziehung zwischen Staat und den christlichen Kirchen wollen wir erhalten und wo nötig der gesellschaftlichen Realität

Begründung

Kein*e Täter*in soll mehr auf milde innerverbandliche Verfahren hoffen dürfen. Die Gefühle von Betroffenen nicht ein zweites Mal verletzt werden.